Erläuternde Bemerkungen

zum Entwurf eines Gesetzes über die aufgrund der Einführung einer allgemeinen Informationsfreiheit erforderliche Anpassung der Tiroler Landesrechtsordnung (Tiroler Informationsfreiheits-Anpassungsgesetz)

I.

Allgemeines

A.

1. Mit dem Inkrafttreten eines Bundesgesetzes, mit dem das Bundes-Verfassungsgesetz geändert und ein Informationsfreiheitsgesetz erlassen wird, BGBl I Nr. 5/2024, am 1. September 2025 treten ein neuer Art. 22a B-VG sowie diesbezügliche einfachgesetzliche Ausführungsbestimmungen in Form eines Informationsfreiheitsgesetzes (im Folgenden: IFG) in Kraft. Gleichzeitig erfolgt insbesondere die Aufhebung der Amtsverschwiegenheit (Art. 20 Abs. 3 B-VG), der Auskunftspflicht der Verwaltung (Art. 20 Abs. 4 B-VG), der Veröffentlichungspflicht der Verwaltung in Bezug auf Studien, Gutachten und Umfragen (Art. 20 Abs. 5 B-VG) sowie der Auskunftspflichtgesetze des Bundes und der Länder (siehe Art. 151 Abs. 68 B-VG).

Art. 22a Abs. 2 B-VG normiert ein Grundrecht auf Zugang zu Informationen gegenüber allen mit der Besorgung von Geschäften der Landesverwaltung betrauten Organen. Die nichtgemeindlichen (sonstigen) Selbstverwaltungskörper haben über Angelegenheiten ihres eigenen Wirkungsbereichs auch künftig nur ihre Mitglieder zu informieren. Ungeachtet des neuen Grundrechts auf Zugang zu Informationen sind diese auch nach der neuen Verfassungsrechtslage dann geheim zu halten, soweit und solange der Schutz von in Art. 22a Abs. 2 zweiter Satz B-VG taxativ aufgezählten öffentlichen und privaten Interessen dies erfordert und gesetzlich nicht anderes bestimmt ist (vgl. auch die präzisierende Bestimmung des § 6 IFG; soweit also künftig in Landesgesetzen auf die nach Art. 22a Abs. 2 B-VG schutzwürdigen Interessen Bezug genommen wird, sind diese stets im Zusammenhalt mit ihrer Präzisierung durch § 6 IFG zu verstehen). Hieraus ergibt sich, dass eine grundrechtliche Interessenabwägung in jedem Fall vorzunehmen ist (arg. „erforderlich“; vgl. auch § 6 Abs. 1 IFG und die diesbezüglichen Ausführungen im AB 2420 BlgNR 27. GP, 19).

Aus Art. 22a Abs. 2 bzw. § 6 IFG ergeben sich allerdings keine allgemeinen Geheimhaltungspflichten, sondern nur (verfassungs-)gesetzliche Schranken, die Informations- oder Veröffentlichungspflichten begrenzen. Mit dem Wegfall der Amtsverschwiegenheit im B-VG ist es daher künftig Aufgabe der Materiegesetzgebung, allenfalls erforderliche Geheimhaltungspflichten für Verwaltungsorgane ausdrücklich festzulegen.

Eine weitere Verschiebung von der Ebene der Bundesverfassung auf jene der einfachen Gesetzgebung erfolgt vor dem Hintergrund des neuen Begriffs der „Information“, der in den Ausführungsbestimmungen des § 2 IFG präzisiert wird. Demnach ist Information jede amtlichen oder unternehmerischen Zwecken dienende Aufzeichnung. Hieraus wird deutlich, dass sich die neuen Bestimmungen betreffend die Informationsfreiheit ausschließlich auf Aufzeichnungen, nicht jedoch auf das von Organen, Organwaltern oder Bediensteten im Zusammenhang mit der Besorgung ihrer Aufgaben sonst erworbene Wissen beziehen. Weder Art. 22a Abs. 1, 2 und 3 B-VG noch § 6 IFG normieren diesbezüglich Geheimhaltungsverpflichtungen; dies muss daher künftig, wo erforderlich, ebenfalls im Rahmen der Materiegesetzgebung erfolgen. In diesem Sinn heben auch die Materialien zu § 16 IFG hervor, dass bereichsspezifische besondere gesetzliche Informationszugangsregelungen, zu denen auch materieninhärente Verschwiegenheitsbestimmungen (wie z. B. im Kinder- und Jugendhilferecht) zählen, weiterhin aufrecht bleiben und vorrangig anzuwenden sind. Diese besonderen Informationszugangsrechte sind allerdings künftig am neuen Grundrecht auf Informationszugang zu messen (AB 2420 BlgNR 27. GP, 26).

2. Das vorliegende Sammelgesetz soll dazu dienen, die Tiroler Landesrechtsordnung an die vorangehend in ihren Grundzügen dargestellten neuen (bundesverfassungs-)rechtlichen Grundlagen rund um die Informationsfreiheit anzupassen. Zusammengefasst ergeben sich im Tiroler Landesrecht die folgenden wesentlichen Bereiche mit Anpassungsbedarf:

- Zunächst sollen terminologische Anpassungen vorgenommen werden, insbesondere soll der Begriff „Amtsverschwiegenheit“ durch „Geheimhaltungspflicht“ ersetzt werden (z. B. § 8 Abs. 2 Gesetz über Untersuchungsausschüsse, § 1 Abs. 2 Tiroler Fördertransparenzgesetz). Ebenso sollen Verweise

auf weitergehende gesetzliche Verschwiegenheitspflichten um den Begriff der Geheimhaltungspflicht ergänzt werden, um allfällige weitere gesetzliche Pflichten begrifflich zu erfassen (z. B. im § 36 Abs. 3 Tiroler Kinderbildungs- und Kinderbetreuungsgesetz oder § 14 Abs. 1 Tiroler Krankenanstaltengesetz).

Keine Anpassung ist beim Begriff der „Auskunft“ erforderlich. Dieser hat nach stRsp Wissenserklärungen zum Gegenstand und umfasst die Weitergabe von Informationen über einen Akteninhalt, die in aller Regel nicht jene Detailliertheit an Informationen aufweisen wird, die etwa bei der Einsicht in Akten zu gewinnen wäre (vgl. etwa VwGH 27.11.2018, Ra 2017/02/0141 und 26.01.2023, Ra 2022/07/0026). Demgegenüber zielt der Begriff der Information unmittelbar auf den Zugang zu Dokumenten ab und weniger auf die Weitergabe von Informationen über diese Dokumente. Materiengesetzliche Bestimmungen, die – meist bei Interorganverhältnissen – zu einer Auskunftserteilung verpflichten, zielen in aller Regel auf Wissenserklärungen ab, weshalb diese Bestimmungen im Hinblick auf den Begriff der Auskunft unverändert bleiben können (z. B. § 2 Abs. 4 Gesetz über den Landesvolksanwalt). Anders stellt es sich bei § 21 Abs. 1 Tiroler Heilvorkommen- und Kurortegesetz 2004 dar, der ausdrücklich auf eine „gesetzliche Auskunftspflicht“ abstellt, die es aber mit Inkrafttreten von BGBl. I Nr. 5/2024 nicht mehr gibt, weshalb hier eine Anpassung erforderlich ist.

- Im Dienstrecht ist es erforderlich, die bestehenden Bestimmungen über die Amtsverschwiegenheit am Maßstab von Art. 22a Abs. 2 B-VG in Form einer sogenannten „dienstrechtlichen Geheimhaltungspflicht“ (z. B. § 13 Landesbedienstetengesetz) neu auszurichten. Von dieser Geheimhaltungspflicht kann ein Bediensteter für den Fall, dass er vor einem Gericht oder einer Verwaltungsbehörde aussagen muss, wie bisher entbunden werden. Durch die Ausgestaltung der neuen Bestimmungen soll gewährleistet werden, dass auch von Bediensteten aus der Amtstätigkeit erlangtes Wissen bei Vorliegen und Überwiegen schutzwürdiger Interessen insbesondere gegenüber Dritten weiterhin geheim zu halten ist.
- Darüber hinaus sollen bestehende materieninhärente Verschwiegenheitspflichten für Organe bzw. Organwalter an den Rahmen des neuen Grundrechts auf Zugang zu Informationen angepasst werden. Dies bedeutet, dass eine Geheimhaltung nur bei Vorliegen eines in Art. 22a Abs. 2 taxativ aufgezählten Interesses – diese Interessen können einfachgesetzlich nur wiederholt, präzisiert oder eingeschränkt, nicht aber erweitert werden (AB 2420 BlgNR 27. GP, 13) – und nach Durchführung einer Interessenabwägung zulässig ist (z. B. betreffend Wahlbehörden im § 8 Abs. 3 Tiroler Landtagswahlordnung 2017, § 11 Abs. 8 Tiroler Gemeindevahlordnung 1994 und § 8 Abs. 8 Innsbrucker Wahlordnung 2011, betreffend den Heimanwalt im § 8 Abs. 5 Tiroler Heim- und Pflegeleistungsgesetz oder betreffend die Kinder- und Jugendanwältin im § 11 Abs. 5 Tiroler Kinder- und Jugendhilfegesetz). In Orientierung am bisherigen Wortlaut erfolgt dies in manchen Fällen durch einen Verweis auf die sinngemäße Geltung der dienstrechtlichen Geheimhaltungspflicht nach § 13 Landesbedienstetengesetz (anstelle eines Verweises auf die Amtsverschwiegenheit; siehe z. B. betreffend die Mitglieder und Ersatzmitglieder des Nationalparkkuratoriums im § 24 Abs. 7 Tiroler Nationalparkgesetz Hohe Tauern oder die Organe der Landwirtschaftskammer und Landarbeiterkammer im § 56 Tiroler Landwirtschaftskammer- und Landarbeiterkammergesetz) oder nach § 14 Gemeinde-Vertragsbedienstetengesetz (betreffend die Gemeindevaldaufseher im § 7 Abs. 3 Tiroler Waldordnung 2005 und bei der Übertragung sprengelärztlicher Aufgaben im § 5 Abs. 7 lit. f Tiroler Gemeindegewerbesanitätsdienstgesetz). Die im Art. 22a aufgezählten Interessen („Geheimhaltungsgründe“) werden im § 6 IFG näher präzisiert, weshalb auch dieser Bestimmung neben Art. 22a Abs. 2 B-VG bei der Ermittlung des Vorliegens von Geheimhaltungsgründen eine maßgebliche Bedeutung zukommt.
- Erforderlich ist nicht nur die Anpassung bestehender Verschwiegenheitspflichten, sondern auch – wie einleitend dargelegt vor dem Hintergrund der Aufhebung der Amtsverschwiegenheit – die ausdrückliche Verankerung von Geheimhaltungspflichten für einzelne Organe im Hinblick auf besonders schutzwürdige Geheimhaltungsinteressen. Dies wird insbesondere im Gemeindebereich deutlich: Während es bisher für die Organe der Gemeinde aufgrund der unmittelbaren Geltung von Art. 20 Abs. 3 B-VG keiner ausdrücklichen (Art. 20 Abs. 3 wiederholenden) Verschwiegenheitsbestimmung in der Tiroler Gemeindeordnung 2001 bedurfte, ist es nun notwendig, eine solche unter Beachtung der grundrechtlichen Schranken des Art. 22a Abs. 2 B-VG und mit einer Möglichkeit zur Entbindung zu normieren (siehe die vorgeschlagenen § 21a Tiroler Gemeindeordnung 2001 und § 9a Innsbrucker Stadtrecht 1975). Dasselbe gilt für einzelne Fondsglieder (siehe § 44 Abs. 3 Tiroler Tourismusgesetz betreffend den Tourismusförderungsfonds, § 105 Abs. 7 Tiroler Raumordnungsgesetz 2022 betreffend den Bodenfonds und § 9 Abs. 3 Tiroler Gesundheitsfondsgesetz betreffend den Gesundheitsfonds).

- Verschwiegenheitspflichten, die etwa Dritten, wie z. B. Bauaufsichtsorganen (§ 44 Abs. 5 Tiroler Naturschutzgesetz 2005, § 12 Abs. 10 Tiroler Elektrizitätsgesetz 2012) oder von nach dem Tiroler Grundversorgungsgesetz herangezogenen Einrichtungen zur Mitarbeit (§ 3 Tiroler Grundversorgungsgesetz), auferlegt werden, sollen ebenfalls, schon aufgrund von gleichheitsrechtlichen Überlegungen, an den neuen grundrechtlichen Rahmen angepasst werden.
 - Ausdrücklich normierte Einsichtnahme- oder Auskunftsrechte in Register oder Verzeichnisse können aufgehoben werden, weil das IFG ohnehin jedermann ein unmittelbar und umfassend geltendes Grundrecht auf Zugang zu Informationen einräumt. Konkret betrifft dies folgende Bestimmungen (bzw. Register oder Verzeichnisse): § 3 Abs. 2 Tiroler EVTZ-Gesetz (EVTZ-Register), § 6b Abs. 1 Landes-Polizeigesetz (Verzeichnis über die in der Gemeinde gehaltenen Hunde), § 28 Abs. 5 (Naturhöhlenbuch), § 28a Abs. 5 (Naturhöhlenführerverzeichnis), § 32 Abs. 2 (Naturinventar) und § 33 Abs. 8 (Naturdenkmalbuch) Tiroler Naturschutzgesetz 2005, § 6 Abs. 7 Tiroler Almschutzgesetz (Almbuch), § 12 Abs. 5 Tiroler Gentechnik-Vorsorgegesetz (Tiroler Gentechnik-Register), § 3 Abs. 5 Tiroler Jagdgesetz 2004 (Jagdkataster), § 8 Abs. 3 Tiroler Fischereigesetz 2020 (Fischereikataster), § 56 Abs. 3 Tiroler Schischulgesetz 1995 (Verzeichnis der Schischulinhaber; es handelt sich um eine Aufgabe im übertragenen Wirkungsbereich des Tiroler Schilehrerverbandes, weshalb das IFG auch hier zur Anwendung gelangt), § 6 Abs. 5 Tiroler Bergsportführergesetz (Berg- und Schiführerverzeichnis; auch hier handelt es sich um eine Aufgabe im übertragenen Wirkungsbereich des Tiroler Bergsportführerverbandes). Gleiches gilt für das Auskunftsrecht über eine Immunitätszusage für ein Kulturgut in § 14b Abs. 5 und 6 Tiroler Kulturförderungsgesetz 2010. Dieses Auskunftsrecht ist außerdem derzeit an das Vorliegen eines rechtlichen Interesses gekoppelt, während das Grundrecht auf Informationszugang künftig für jedermann, unabhängig vom Vorliegen eines bestimmten Interesses, gilt.
 - Ebenso sollen Anpassungen im Archivrecht erfolgen. Zwar handelt es sich dabei grundsätzlich um besondere gesetzliche Informationszugangsregelungen im Sinn des § 16 IFG; diese sind aber künftig am neuen Grundrecht auf Informationszugang zu messen (vgl. wiederum den AB 2420 B1gNR XXVII. GP, 26). Im Wesentlichen soll öffentliches Archivgut künftig auch während aufrechter Schutzfrist unter Beachtung von Art. 22a Abs. 2 B-VG zugänglich sein. Zudem scheint es zweckmäßig, für das bislang nur rudimentär geregelte Depositum nähere Bestimmungen vorzusehen (siehe die nachstehenden Ausführungen zu Art. 33).
3. Neben den Änderungen betreffend die Informationsfreiheit enthält der Entwurf vereinzelt weitere Anpassungen
- aus rechtstechnischen Gründen (§ 10 Abs. 1 Landes-Verlautbarungsgesetz),
 - im Hinblick auf die Datenverarbeitung durch den Landesrechnungshof und die Landesvolksanwältin (§ 6a Tiroler Landesrechnungshofgesetz und § 11 Gesetz über den Tiroler Landesvolksanwalt),
 - zur Beseitigung von Redaktionsversehen (§ 74d Abs. 1 Innsbrucker Stadtrecht 1975, § 56 Tiroler Landwirtschaftskammer- und Landarbeitergesetz, § 70 Abs. 2 Tiroler Jagdgesetz 2004, § 23 Abs. 4 und § 25a Abs. 3 Tiroler Waldordnung, § 24 Abs. 3 lit. b EU-Berufsangelegenheiten-Gesetz und § 14 Abs. 3 Tiroler Krankenanstaltengesetz),
 - zur Aktualisierung von Verweisen auf unionsrechtliche Grundlagen (§ 3 Abs. 4 lit. d Tiroler Notifikationsgesetz, § 22 Unionsrechtsverstöße-Hinweisgebergesetz und § 14 Abs. 2 Z 4 Tiroler Pflanzengesundheitsgesetz) oder zur noch präziseren Umsetzung von Unionsrecht (§ 20 Abs. 4 Unionsrechtsverstöße-Hinweisgebergesetz),
 - zur sprachlichen Klarstellung (§ 4 Abs. 6 und § 5 Abs. 1 Tiroler Notifikationsgesetz),
 - aufgrund von Erfahrungen im Vollzug betreffend die Bestellung von Jagdschutzorganen (insbesondere § 31 Abs. 1 und 2 Tiroler Jagdgesetz 2004),
 - zur Schließung von Regelungslücken (§ 37 Abs. 2 und § 43 Abs. 5 Tiroler Raumordnungsgesetz 2022),
 - im Interesse der Klarheit und Übersichtlichkeit (§ 117 Tiroler Raumordnungsgesetz 2022) und
 - im Zusammenhang mit der ab 1. Juli 2025 vorzunehmenden authentischen Kundmachung von Verordnungen der Gemeinden im RIS (Änderungen im Tiroler Stadt- und Ortsbildschutzgesetz 2021).

Punktuell erfolgen schließlich auch einzelne legistische Anpassungen sowie Aktualisierungen von Zitaten.

B.

Die Regelungskompetenz betreffend Angelegenheiten der Informationsfreiheit folgt grundsätzlich der Zuständigkeit zur Regelung der Hauptmaterie (sog. Adhäsionskompetenz der Materiengesetzgebung). Abweichend hiervon sieht Art. 22a Abs. 4 B-VG eine Bedarfskompetenz des Bundes nach dem Vorbild von Art. 11 Abs. 2 B-VG vor, auf welcher das IFG gründet. Hiervon abweichende Regelungen dürfen in Materiengesetzen nur dann erlassen werden, wenn sie zur Regelung des Gegenstands erforderlich sind (siehe dazu auch den AB 2420 BlgNR 27. GP, 14).

Die Kompetenzgrundlagen der vorgeschlagenen Regelungen entsprechen somit im Wesentlichen jenen der zahlreichen geänderten Materiengesetzen. Die Zuständigkeit des Landesgesetzgebers zur Erlassung eines dem Entwurf entsprechenden Gesetzes ergibt sich daher grundsätzlich aus Art. 15 Abs. 1 B-VG, ferner aus

- Art. 12 Abs. 1 Z 1 B-VG hinsichtlich des Krankenanstaltenrechts und, in Verbindung mit Art. 15 Abs. 6 B-VG, hinsichtlich des Grundversorgungsrechts,
- Art. 12 Abs. 1 Z 2 B-VG in Verbindung mit Art. 15 Abs. 6 B-VG hinsichtlich des Elektrizitätsrechts,
- Art. 17 B-VG hinsichtlich von Selbstbindungsregelungen im Bereich der Privatwirtschaftsverwaltung des Landes,
- Art. 21 Abs. 1 und 2 B-VG hinsichtlich des Dienst-, Dienstvertrags- und Personalvertretungsrechts der Bediensteten der Länder, der Gemeinden und der Gemeindeverbände sowie des Dienstnehmerschutzrechts,
- Art. 95 B-VG und Art. 17 der Tiroler Landesordnung 1989 hinsichtlich des Wahlrechts zum Landtag und
- Art. 115 Abs. 2 B-VG aus Art. 75 der Tiroler Landesordnung 1989 hinsichtlich des Gemeindeorganisationsrechts und des Wahlrechts zum Gemeinderat.

C.

Die Erlassung eines dem vorliegenden Entwurf entsprechenden Gesetzes hat keine finanziellen Auswirkungen für das Land Tirol und die Gemeinden, weil mit dem vorliegenden Sammelgesetz lediglich rechtstechnische Anpassungen an den mit BGBl I Nr. 5/2024 neu geschaffenen Rechtsrahmen vorgenommen werden.

Die neuen Informationsverpflichtungen für Organe der Länder und Gemeinden ergeben sich bereits unmittelbar aus dem IFG und daher regelmäßig nicht aus den mit dem vorliegenden Entwurf geänderten landesgesetzlichen Bestimmungen.

II.

Bemerkungen zu den einzelnen Bestimmungen

Die nachfolgenden Bemerkungen beziehen sich nur auf jene Änderungen bzw. Bestimmungen, die nicht schon vorangehend im allgemeinen Teil erläutert wurden.

Zu Art. 1 (Änderung des Landes-Verlautbarungsgesetzes 2021):

Zu den Z 1 und 2 (§ 3 Abs. 6):

Es soll ausdrücklich gesetzlich festgelegt werden, dass Materialien zu den im Landesgesetzblatt, im Verordnungsblatt für Tirol oder im Verordnungsblatt für den Bezirk verlautbarten Rechtsvorschriften (bei denen es sich um Informationen von allgemeinem Interesse im Sinn des Art. 22a Abs. 1 B-VG handelt) möglichst im RIS zu veröffentlichen sind. Damit werden diese Materialien in einem besonderen öffentlichen elektronischen Register nach § 16 IFG für Jedermann zugänglich gemacht.

Zu Z 3 (§ 10 Abs. 1):

Hier handelt es sich lediglich um eine aus technischen Gründen erforderliche Anpassung der Internetadresse, unter der die Kundmachung der im Bote für Tirol enthaltenen Verlautbarungen im Rahmen des Internetauftrittes des Landes Tirol zu erfolgen hat.

Zu den Art. 3 und 4 (Änderung des Tiroler Landesrechnungshofgesetzes und des Gesetzes über den Tiroler Landesvolksanwalt):

Allgemeines:

Bisher wurde davon ausgegangen, dass sowohl der Landesrechnungshof im Bereich der Gebarungskontrolle als auch die Kontroll- und Prüftätigkeit des Landesvolksanwaltes vom Grundrecht auf Datenschutz erfasst sind, dass aber weder die Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO) noch die übrigen Bestimmungen des Datenschutzgesetzes auf diese Datenverarbeitungen Anwendung finden. Diese Ausgangslage hat sich durch das Urteil des EuGH vom 16.1.2024 in der Rs C-33/22, *Österreichische Datenschutzbehörde*, geändert. Anknüpfend an die mit BGBl. I Nr. 71/2024 erfolgten bundesgesetzlichen Änderungen des Rechnungshofgesetzes 1948 sowie des Volksanwaltschaftsgesetzes 1982 sollen nunmehr die notwendigen Anpassungen auch im Tiroler Landesrechnungshofgesetz und im Gesetz über den Tiroler Landesvolksanwalt erfolgen.

Die geltenden Bestimmungen zur Verarbeitung personenbezogener Daten im Tiroler Landesrechnungshofgesetz und im Gesetz über den Tiroler Landesvolksanwalt nehmen jeweils auf die gesetzlich übertragenen Aufgaben dieser Organe Bezug. Die vorgeschlagenen Änderungen sehen dies in gleicher Weise vor, womit diese vollumfänglich erfasst sind und sohin auch allfällige künftige Aufgaben umfassen, für die die Bestimmungen in gleicher Weise gelten sollen.

Nach geltender Rechtslage umfassen die Aufgaben des Landesrechnungshofes etwa

- die Rechnungs- und Gebarungskontrolle des Landes Tirol, der Gemeinden und anderer durch Gesetz bestimmter Rechtsträger nach Art. 67 Abs. 4 lit. a bis k der Tiroler Landesordnung 1989 und § 1 Abs. 1 lit. a bis k des Tiroler Landesrechnungshofgesetzes,
- die Prüfung des Rechnungsabschlusses des Landes Tirol nach § 7 Abs. 6 des Tiroler Landesrechnungshofgesetzes und
- die Prüfung der Einhaltung des Gesetzes über die risikoaverse Finanzgebarung des Landes, der Gemeinden und Gemeindeverbände sowie sonstige öffentlicher Rechtsträger in Tirol, LGBl. Nr. 157/2013 nach § 11 Abs. 2 lit. a in Verbindung mit § 12 Abs. 1 leg. cit.

Die Aufgaben des Landesvolksanwaltes umfassen etwa

- die Erteilung von Rat und die Entgegennahme von Beschwerden in den Angelegenheiten der Landesverwaltung, der mittelbaren Bundesverwaltung und der dem Landeshauptmann übertragenen Verwaltung von Bundesvermögen nach Art. 59 Abs. 2 der Tiroler Landesordnung 1989,
- die Besorgung der Aufgaben der externen Meldestelle nach dem Unionsrechtsverstöße-Hinweisgebergesetz, LGBl. Nr. 23/2022, sowie
- die Zusammenarbeit mit dem Antidiskriminierungsbeauftragten bei der Wahrnehmung der Aufgaben nach § 16 Abs. 1 des Tiroler Antidiskriminierungsgesetz 2005, LGBl. Nr. 25/2005,

Zu § 6a Abs. 2 des Tiroler Landesrechnungshofgesetzes bzw. § 11 Abs. 2 des Gesetzes über den Tiroler Landesvolksanwalt:

Im Hinblick auf Art. 6 Abs. 1 lit. e in Verbindung mit Abs. 3 DGSVO soll klargestellt werden, dass Datenverarbeitungen im Bereich des Landesrechnungshofes und des Landesvolksanwaltes zur Erfüllung ihrer jeweiligen Aufgaben zulässig sind, wie dies schon bislang im Sinn des Art. 6 DGSVO und der (verfassungs-)gesetzlichen Bestimmungen über die Tätigkeit der Institutionen sowie § 6a des Tiroler Landesrechnungshofgesetzes bzw. § 11 des Gesetzes über den Tiroler Landesvolksanwalt der Fall war. Darüber hinaus ist es erforderlich, für die Erfüllung der jeweiligen Aufgaben des Landesrechnungshofes und des Landesvolksanwaltes eine ausdrückliche Rechtsgrundlage für die Verarbeitung besonderer Kategorien personenbezogener Daten (Art. 9 Abs. 2 lit. g DGSVO) und von personenbezogenen Daten über strafrechtliche Verurteilungen und Straftaten (Art. 10 DSGVO) zu schaffen (§ 6a Abs. 2 des Tiroler Landesrechnungshofgesetzes bzw. § 11 Abs. 2 letzter Satz des Gesetzes über den Tiroler Landesvolksanwalt); dies nicht zuletzt, weil die Verarbeitung solcher Kategorien von personenbezogenen Daten etwa in Zusammenhang mit der Prüfungstätigkeit des Landesrechnungshofes vorliegen kann – so ist der Landesrechnungshof nach Art. 67 der Tiroler Landesordnung 1989 zur Überprüfung der Gebarung des Landes Tirol und anderer Rechtsträger berufen. Je nach Prüfungsgegenstand können die für die Durchführung seiner Gebarungüberprüfungen erforderlichen Informationen unterschiedlichste Kategorien von personenbezogenen Daten enthalten. Gleiches gilt für die Tätigkeit des Landesvolksanwaltes. Eine Einschränkung auf bestimmte Datenkategorien ist schon auf Grund des umfassenden verfassungsgesetzlichen Prüf- und Kontrollauftrags vorab nicht möglich.

Zu § 6a Abs. 3 des Tiroler Landesrechnungshofgesetzes bzw. § 11 Abs. 4 des Gesetzes über den Tiroler Landesvolksanwalt:

Bei Stellungnahmen, Unterlagen, Schriftsätzen und Dokumenten, die der Landesrechnungshof im Rahmen seiner Prüfungstätigkeit erhält, hat er in der Regel keinen Einfluss auf die darin enthaltenen personenbezogenen Daten. Er hat diese entsprechend der gesetzlichen Vorgaben zu behandeln. In Anlehnung an die bundesgesetzlichen Bestimmungen betreffend den Rechnungshof bzw. die Volksanwaltschaft sind in Bezug auf die von den der Prüfungszuständigkeit des Landesrechnungshofes unterliegenden Dienststellen, Unternehmen und sonstigen Einrichtungen und Rechtsträgern erlangten Informationen nach § 5 Abs. 2 des Tiroler Landesrechnungshofgesetzes die Rechte der betroffenen Personen nach den Art. 12 bis 22 DSGVO und § 1 des Datenschutzgesetzes bei der jeweiligen Stelle nach § 5 Abs. 1 des Tiroler Landesrechnungshofgesetzes geltend zu machen. Gleiches ist für die dem Landesvolksanwalt zugeleiteten personenbezogenen Daten, etwa in Auskünften, Stellungnahmen oder Unterlagen von Organen nach § 2 Abs. 2 des Gesetzes über den Tiroler Landesvolksanwalt vorgesehen. Nur die jeweilige Stelle kann beurteilen, aus welchen Gründen die Verwendung der jeweiligen Daten erforderlich ist/war bzw. inwieweit Anträgen von Betroffenen zu entsprechen ist. Der Landesrechnungshof bzw. der Landesvolksanwalt ist von der zuleitenden Stelle unverzüglich schriftlich über allfällige Veranlassungen zu informieren. Sie hat gegebenenfalls eine datenschutzrechtlich angepasste Version zu übermitteln, damit die adaptierte Version gegebenenfalls der weiteren Behandlung zugrunde gelegt werden kann, sofern dem nicht überwiegende Gründe entgegenstehen (§ 6a Abs. 4 des Tiroler Landesrechnungshofgesetzes bzw. § 11 Abs. 5 des Gesetzes über den Tiroler Landesvolksanwalt).

Zu § 6a Abs. 4 und 5 des Tiroler Landesrechnungshofgesetzes bzw. § 11 Abs. 5 und 6 des Gesetzes über den Tiroler Landesvolksanwalt:

Nach Art. 23 Abs. 1 lit. e und h der DSGVO ist eine gesetzliche Beschränkung der Pflichten und Rechte der Art. 12 bis 22 und Art. 34 leg. cit. zulässig, sofern eine solche Beschränkung den Wesensgehalt der Grundrechte und Grundfreiheiten achtet und in einer demokratischen Gesellschaft eine notwendige und verhältnismäßige Maßnahme darstellt, die den Schutz wichtiger Ziele des allgemeinen öffentlichen Interesses eines Mitgliedstaats sicherstellt. Nach Art. 23 Abs. 1 lit. h leg. cit. können solche Beschränkungen auch zur Sicherstellung von Kontroll-, Überwachungs- und Ordnungsfunktionen, die dauernd oder zeitweise mit der Ausübung öffentlicher Gewalt für die genannten Zwecke verbunden sind, vorgenommen werden. § 1 Abs. 4 des Datenschutzgesetzes regelt, dass gesetzliche Beschränkungen der Rechte auf Auskunft, Löschung und Berichtigung zulässig sind, sofern sie in einer demokratischen Gesellschaft für die nationale Sicherheit, die öffentliche Ruhe und Ordnung, das wirtschaftliche Wohl des Landes, die Verteidigung der Ordnung und zur Verhinderung von strafbaren Handlungen, zum Schutz der Gesundheit und der Moral oder zum Schutz der Rechte und Freiheiten anderer notwendig sind (Verweis auf § 1 Abs. 2 leg. cit. bzw. Art. 8 Abs. 2 EMRK) und jeweils nur in der gelindesten, zum Ziel führenden Art vorgenommen werden.

Sowohl die Gebarungskontrolle des Landesrechnungshofes, als das Funktionieren der Kontrolle der öffentlichen Verwaltung durch den Landesvolksanwalt sind wichtige Ziel des allgemeinen öffentlichen Interesses eines Mitgliedstaats nach Art. 23 Abs. 1 lit. e und h DSGVO, die eine Beschränkung der Betroffenenrechte erforderlich machen. Die uneingeschränkte Anwendung der DSGVO würde mit den in der Tiroler Landesordnung 1989 normierten verfassungsrechtlichen Aufgaben des Landesrechnungshofes und Landesvolksanwaltes in Konflikt geraten (s. zu den vergleichbaren Voraussetzungen hinsichtlich des Rechnungshofes und der Volksanwaltschaft des Bundes AB 2595 BlgNr XXVII. GP, 3 und 7).

Die Beschränkungen der Betroffenenrechte in § 6a Abs. 4 des Tiroler Landesrechnungshofgesetzes bzw. § 11 Abs. 5 des Gesetzes über den Tiroler Landesvolksanwalt sind nur in Bezug auf die genannten Verarbeitungen personenbezogener Daten des Landesrechnungshofes im Rahmen seiner gesetzlich übertragenen Aufgaben bzw. der angeführten gesetzlichen Aufgaben des Landesvolksanwaltes anwendbar, die von diesen als Organe des Landtags, sohin der Gesetzgebung vorgenommen werden.

Sowohl der Landesrechnungshof als auch der Landesvolksanwalt können ihre Prüf- und Kontrollaufgaben ohne Kenntnis der relevanten personenbezogenen Daten nicht wahrnehmen. Die vorgesehenen Beschränkungen der Betroffenenrechte sind im Hinblick auf eine unbeeinträchtigte Ausübung der Prüf- und Kontrolltätigkeiten unbedingt erforderlich und stellen sicher, dass der Landesrechnungshof und der Landesvolksanwalt ihren jeweiligen gesetzlich übertragenen Aufgaben vollumfänglich nachkommen können (vgl. auch § 4 Abs. 5 des Datenschutzgesetzes, wonach das Recht auf Auskunft nach Art. 15 der DSGVO gegenüber einem hoheitlich tätigen Verantwortlichen unbeschadet anderer gesetzlicher Beschränkungen dann nicht besteht, wenn durch die Erteilung dieser Auskunft die Erfüllung einer dem Verantwortlichen gesetzlich übertragenen Aufgabe gefährdet wird). Die Beschränkungen sind darüber hinaus auf das unbedingt erforderliche Ausmaß des Kernbereichs der Gebarungskontrolle bzw. zur

Erfüllung der gesetzlichen Aufgaben des Landesvolksanwaltes reduziert und können daher nicht zur Umgehung der datenschutzrechtlichen Vorschriften in Verwaltungsangelegenheiten genutzt werden (AB 2595 BlgNr XXVII. GP, 5).

Ein vorzeitiges Bekanntgeben, woher Informationen stammen, würde die Wirksamkeit der parlamentarischen Gebarungskontrolle ebenso wie die Arbeit des Landesvolksanwaltes gefährden. Es ist daher notwendig, die Informationspflichten nach Art. 13 und 14 der DSGVO entsprechend einzuschränken (lit. a). Die gebotenen Informationen sind in Form einer Erklärung in elektronischer Form (etwa auf der Internetseite des Landes Tirol) zur Verfügung zu stellen.

Ferner unterliegt der Landesrechnungshof im Rahmen seiner Prüfungstätigkeit einem strengen Vertraulichkeitsgebot (§ 6 des Tiroler Landesrechnungshofgesetzes), ebenso wie der Landesvolksanwalt den Geheimhaltungspflichten im gleichen Umfang wie das Organ, an das er bei der Besorgung seiner Aufgaben herantreten ist unterliegt (§ 2 Abs. 4 des Gesetzes über den Tiroler Landesvolksanwalt in der Fassung des Art. 4 Z 1). Auch ist die Vertraulichkeit sämtlicher der Prüfungstätigkeit des Landesrechnungshofs zugrundeliegenden Daten ein zentrales Element des Kontrollrechts, das unverändert beizubehalten ist. Die Erteilung von Auskünften in sensiblen Bereichen der dem Landesrechnungshof bzw. dem Landesvolksanwalt gesetzlich übertragenen Aufgaben würde mitunter Interessen anderer Betroffener zuwiderlaufen, einen unverhältnismäßigen Aufwand verursachen, die Prüf- bzw. Kontrolltätigkeit des Landesrechnungshofs und Landesvolksanwaltes behindern und den Geheimhaltungspflichten widersprechen.

Das Recht auf Berichtigung nach Art. 16 DSGVO und § 1 Abs. 3 des Datenschutzgesetzes in lit. c soll nach Vorbild der Bestimmungen in § 3a Abs. 7 des Rechnungshofgesetzes 1948 bzw. § 5 Abs. 7 des Volksanwaltschaftsgesetzes 1982 beschränkt werden. Sowohl der Landesrechnungshof als auch der Landesvolksanwalt veröffentlichen im Rahmen ihrer Prüfungstätigkeit als Organ der Gesetzgebung nur punktuell personenbezogene Daten. Daher sollen betroffene Personen die Möglichkeit haben, hinsichtlich unrichtiger oder unvollständiger personenbezogener Daten eine (ergänzende) Erklärung abzugeben, die gemeinsam mit den als unrichtig oder unvollständig gerügten personenbezogenen Daten im jeweiligen Akt aufzunehmen ist.

Das Recht auf Löschung nach Art. 17 DSGVO und § 1 Abs. 3 des Datenschutzgesetzes ist in Anlehnung an die mit BGBl. I Nr. 71/2024 novellierten Bestimmungen des Rechnungshofgesetzes 1948 bzw. des Volksanwaltschaftsgesetzes 1982 im Bereich des Landesrechnungshofs und Landesvolksanwaltes mit Blick auf bestehende, im öffentlichen Interesse liegende Archivzwecke im Sinn des Art. 17 Abs. 3 lit. d DSGVO zu beschränken (lit. d). Die Verpflichtung zur Löschung personenbezogener Daten nach Art. 17 Abs. 1 lit. a der Datenschutz-Grundverordnung bleibt, sofern nicht andere gesetzliche Regelungen eine Pflicht zur weiteren Verwendung der Daten vorsehen, unberührt.

Die gesetzlich vorgesehenen Beschränkungen der Betroffenenrechte sind den angeführten öffentlichen Interessen angemessen. Für das Funktionieren der parlamentarischen Demokratie ist eine effektive Prüf- und Kontrolltätigkeit auch durch den Landesrechnungshof und den Landesvolksanwalt essentiell. Insbesondere die Funktionsweisen der Gebarungskontrolle beruhen unter anderem ganz wesentlich auf der Kooperationsbereitschaft der geprüften Stellen. Diesem wichtigen öffentlichen Interesse an der unbeeinträchtigten Erfüllung der dem Landesrechnungshof (verfassungs-)gesetzlich zugeordneten Aufgaben kommt in der erforderlichen Interessenabwägung ein erhebliches Gewicht zu. Dies gilt in gleicher Weise für die Arbeit des Landesvolksanwaltes. Die vorgesehenen Beschränkungen sind mit Blick auf die Anforderungen an die Erfüllung der unterschiedlichen Aufgaben entsprechend ausdifferenziert ausgestaltet und maßhaltend.

§ 6a Abs. 5 des Tiroler Landesrechnungshofgesetzes bzw. § 11 Abs. 6 des Gesetzes über den Tiroler Landesvolksanwalt sehen zudem ausdrücklich vor, dass die jeweiligen Beschränkungen in den lit. c bis f nur insoweit zur Anwendung kommen, als sie zur Erfüllung der gesetzlichen Aufgaben des Landesrechnungshofes bzw. Landesvolksanwaltes geeignet und erforderlich sind.

Zu § 6a Abs. 1, 6 und 7 des Tiroler Landesrechnungshofgesetzes bzw. § 11 Abs. 1 bis 3, 7 und 8 des Gesetzes über den Tiroler Landesvolksanwalt:

§ 6a Abs. 1, 6 und 7 des Tiroler Landesrechnungshofgesetzes bzw. § 11 Abs. 1 bis 3 sowie 7 und 8 des Gesetzes über den Tiroler Landesvolksanwalt entsprechen der geltenden Rechtslage. § 11 Abs. 2 lit. a des Gesetzes über den Tiroler Landesvolksanwalt soll um einen Verweis auf gegebenenfalls weitere besondere Kategorien personenbezogener Daten nach Art. 9 Abs. 1 DSGVO erweitert werden, da im Einzelfall mitunter auch die Verarbeitung von Daten etwa über die sexuelle Orientierung oder politische Meinungen udgl. zur Wahrnehmung der gesetzlichen Aufgaben des Landesvolksanwaltes notwendig sein kann. Die bisherigen § 6a Abs. 3 bzw. § 11 Abs. 4 können unter Verweis auf die unmittelbar geltende Bestimmung des Art. 17 Abs. 1 lit. a der DSGVO entfallen.

Zu den Art. 6 Z 2 (§ 74 Abs. 1 lit. d der Tiroler Landtagswahlordnung 2017), Art. 7 Z 2 (§ 86 Abs. 1 lit. h Tiroler Gemeindevahlordnung 1994) und Art. 8 Z. 2 (§ 93 Abs. 1 lit. h IWO 2011):

Die Strafbestimmungen sollen jeweils sprachlich vereinfacht werden.

Zu Art. 9 (Änderung der Tiroler Gemeindeordnung 2001):

Zu Z 1 (§ 21a):

Wie vorangehend im allgemeinen Teil beschrieben, soll mit dieser Bestimmung eine an das neue Grundrecht auf zu Informationen angepasste Geheimhaltungspflicht für Organe der Gemeinde festgelegt werden. Abs. 2 regelt die Entbindung; dabei wird zwischen eigenem und übertragenem Wirkungsbereich differenziert (siehe hierzu auch nachfolgend die Ausführungen zu Art. 10 Z 1).

Zu Z 2 (§ 42 Abs. 1):

Der Begriff „Verschwiegenheitspflicht“ hat sich hier insbesondere auf die Amtsverschwiegenheit bezogen (vgl. auch Tiroler Gemeindeverband [Hrsg.], Kommentar zur Tiroler Gemeindeordnung³ [Stand 1. Jänner 2024], 83), weshalb die Terminologie entsprechend angepasst werden soll.

Zu den Z 3 und Z 4 (§ 46 Abs. 5 und § 48 Abs. 8):

Vor dem Hintergrund der neuen Grundlagen zur Informationsfreiheit soll auch die Einsichtnahme in die gesonderte Niederschrift über Sitzungen des Gemeinderates, die nach § 46 Abs. 3 zu erstellen ist, wie auch die Einsichtnahme in Niederschriften über Sitzungen des Gemeindevorstandes nach § 48 Abs. 8 an das neue Grundrecht auf Zugang zu Informationen angepasst werden. Eine Veröffentlichungspflicht für Niederschriften (wie auch gesonderte Niederschriften) über Sitzungen des Gemeinderates ist bei Gemeinden ab 5.000 Einwohnern anhand der Vorgaben des IFG zur proaktiven Informationspflicht zu beurteilen. Unabhängig davon sind Niederschriften des Gemeinderates jedenfalls bis zum Ablauf der nächsten Funktionsperiode des Gemeinderates im Internet zu veröffentlichen. Eine darüberhinausgehende, längere Veröffentlichungspflicht könnte sich allenfalls auf Basis der Vorgaben des IFG ergeben.

Zu Art. 10 (Änderung des Innsbrucker Stadtrechts 1975):

Zu Z 1 (§ 9a):

Die bisherige Entbindungsbestimmung in § 13 Abs. 3 soll in den neuen § 9a verschoben und um Angelegenheiten des übertragenen Wirkungsbereiches aus dem Bereich der Bundesvollziehung ergänzt werden. Hierbei handelt es sich um eine Annexkompetenz zur Zuständigkeit zur Regelung des die Organstellung begründenden Rechtsverhältnisses (siehe *Wieser*, Art. 20/3, in: Korinek/Holoubek et al, Österreichisches Bundesverfassungsrecht [4. Lfg 2001] Rz. 42 [dort Fn. 164]).

Zu den Z 2, 3, 4 und 8 (§ 13 Abs. 3 und 4, § 30 Abs. 2):

Vor dem Hintergrund des neuen § 9a kann § 13 Abs. 3, der die Verschwiegenheit der Mitglieder des Gemeinderates regelt, aufgehoben werden. Betreffend die Bestimmung, wonach die Verschwiegenheitspflicht nach dem Enden der Mitgliedschaft zum Gemeinderat fortbesteht, ist davon auszugehen, dass, wie schon bei der Amtsverschwiegenheit, auch die Geheimhaltungspflicht über das Amt hinaus fort dauert (vgl. *Wieser*, Art. 20/3, in: Korinek/Holoubek et al, Österreichisches Bundesverfassungsrecht [4. Lfg 2001] Rz. 7 sowie die Erläuternden Bemerkungen zum Entwurf eines Gesetzes, mit dem das Stadtrecht der Landeshauptstadt Innsbruck 1975 geändert wird, GZ 260/1993, 4).

Der neue § 13 Abs. 3 regelt die Beantwortung von Anfragen der Mitglieder des Gemeinderates durch den Bürgermeister und soll nach dem Vorbild von § 42 Abs. 1 TGO ausgestaltet werden.

In § 13 Abs. 4 und § 30 Abs. 2 werden infolge der Aufhebung von § 13 Abs. 3 Zitate angepasst.

Zu den Z 5 und 6 (§ 26 Abs. 5 und § 29 Abs. 5):

Auch hier soll eine Anpassung der Einsichtnahme in die gesonderte Niederschrift über die Sitzungen des Gemeinderates, die nach § 26 Abs. 3 zu erstellen ist, und die Einsichtnahme in die Niederschrift des Stadtsenates nach § 29 Abs. 5 an das neue Grundrecht auf Zugang zu Informationen erfolgen. Die Veröffentlichung der Niederschriften im Internet ist anhand der Vorgaben des IFG zur proaktiven Informationspflicht zu beurteilen, weshalb es keiner diesbezüglichen Bestimmung in § 26 Abs. 5 bedarf.

Zu Z 7 (§ 29 Abs. 6):

Die bisherige Stillschweigensbestimmung soll in Bezug auf die einer Stadtsenatssitzung beigezogenen Personen als Verschwiegenheitsbestimmung ausgestaltet werden. Die Mitglieder des Gemeindevorstandes unterliegen ohnehin der Geheimhaltungspflicht nach § 9a.

Zu Z 9 (§ 40a Abs. 3):

Da die Stadt Innsbruck Adressat des Art. 22a Abs. 1 B-VG ist, scheint es zweckmäßig, auch für die Materialien zu Verordnungen städtischer Organe eine Veröffentlichung tunlichst mit der Kundmachung im RIS vorzusehen; die betreffende Bestimmung des Landes-Verlautbarungsgesetzes (§ 3 Abs. 6 in der Fassung des Art. 1 Z 1) soll daher auch für Kundmachungen in den Verordnungsblättern der Landeshauptstadt Innsbruck sinngemäß gelten.

Zu Z 10 (§ 74d Abs. 1):

Neben der Anpassung der Verschwiegenheitspflicht in § 74d Abs. 1 lit. f an das neue Grundrecht auf Zugang zu Informationen, soll ein Redaktionsversehen der Novelle LGBl. Nr.19/2024 beseitigt werden.

Zu Art. 13 (Änderung des Tiroler Notifikationsgesetzes):**Zu Z 1 (§ 3 Abs. 4 lit. d):**

Die Richtlinie 2001/95/EG wurde mit Wirkung vom 13. Dezember 2024 aufgehoben, die Regelungen über die allgemeine Produktsicherheit einschließlich des Schnellwarnsystems sind nunmehr in der Verordnung (EU) 2023/988 enthalten. Daher soll der Verweis in § 3 Abs. 4 lit. d nach Art. 50 Abs. 2 i.V.m. dem Anhang der Verordnung (EU) 2023/988 entsprechend aktualisiert werden.

Zu den Z 2 und 3 (§ 4 Abs. 6 und § 5 Abs. 1):

Im § 4 Abs. 6 erfolgt lediglich eine sprachliche Klarstellung im Hinblick auf die Zuständigkeit der Landesregierung zur Übermittlung des endgültigen Wortlauts technischer Vorschriften, die dem Verfahren nach den §§ 3 und 6 unterliegen, im Rahmen der Kundmachung. Im § 5 Abs. 1 zweiter Satz erfolgt eine entsprechende redaktionelle Anpassung.

Zu Art. 14 (Änderung des Unionsrechtsverstöße-Hinweisgebergesetzes):**Zu Z 1 (§ 20 Abs. 4):**

Mit der Erlassung des Unionsrechtsverstöße-Hinweisgebergesetzes wurde die Richtlinie (EU) 2019/1937 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23. Oktober 2019 zum Schutz von Personen, die Verstöße gegen das Unionsrecht melden, vollständig in das Tiroler Landesrecht umgesetzt. Die erforderliche Aktualisierung des Umsetzungshinweises zu dieser Richtlinie (vgl. Z 2) soll lediglich zum Anlass genommen werden, Art. 17 der Richtlinie noch präziser umzusetzen, indem ausdrücklich klargestellt wird, dass personenbezogene Daten, die erhoben wurden, für die Besorgung der jeweiligen im Gesetz geregelten Aufgaben aber offensichtlich nicht relevant sind, unverzüglich zu löschen sind.

Zu Z 2 (§ 22):

Mit dieser Bestimmung sollen Änderungen des Anhangs der Richtlinie (EU) 2019/1937 zum Schutz von Personen, die Verstöße gegen das Unionsrecht melden, durch Aktualisierung des Umsetzungshinweises auf diese Richtlinie berücksichtigt werden.

Zu Art. 19 (Änderung des Tiroler Antidiskriminierungsgesetzes):**Zu Z 1 (§ 14b Abs. 3):**

Die Frist für die Beantwortung von Anfragen zu Inhalten von Websites und mobilen Anwendungen, die nach Abs. 1 lit. a bis i von der Verpflichtung zur Erfüllung der Barrierefreiheitsanforderungen ausgenommen und nicht barrierefrei zugänglich sind, soll in Anlehnung an § 8 Abs. 1 IFG auf vier Wochen verkürzt werden. Dies steht auch im Einklang mit der Richtlinie (EU) 2016/2102, die durch die Bestimmung umgesetzt wird und nach deren Art. 7 Abs. 1 sicherzustellen ist, dass öffentliche Stellen auf Mitteilungen oder Anfragen innerhalb einer vernünftigen Frist angemessen reagieren.

Zu Art. 33 (Änderung des Tiroler Archivgesetzes):**Zu den Z 1, 2 und 13 (§ 1 Abs. 1, § 3 Abs. 12 und § 10a):**

In Hinblick auf die neue Informationsfreiheit scheint es zweckmäßig, für das bislang nur rudimentär geregelte Depositum nähere Bestimmungen vorzusehen.

Im vorgeschlagenen § 3 Abs. 12 (Z 2) erfolgt eine Definition von Deposita; der bisherige Klammerausdruck im § 1 Abs. 1 zweiter Satz wird damit obsolet (Z 1). Als Deposita können Archive von privaten natürlichen Personen (z. B. Familienarchive, Adelsarchive) oder privaten juristischen Personen (z. B. Klosterarchive) in Frage kommen. In aller Regel stellen Deposita kein amtliches Schriftgut dar; wie bisher sollen daher die Bestimmungen des Tiroler Archivgesetzes nur dann und insoweit auf Deposita anzuwenden sein, als dem nicht besondere Rechtsvorschriften oder vertragliche Vereinbarungen entgegenstehen (siehe den insoweit unveränderten § 1 Abs. 1 zweiter Satz). Da es sich bei Deposita in der Regel um nicht amtliches Schriftgut handelt, werden auch die Bestimmungen des IFG darauf nicht

anzuwenden sein und widersprechen vertragliche Vereinbarungen über deren Nutzung auch nicht dem IFG.

Der neue § 10a (Z 13) enthält die angesprochenen näheren Regelungen. Im vorgeschlagen Abs. 1 wird festgehalten, wer dem Landesarchiv Deposita zu Verwahrung anbieten kann und, dass darüber ein schriftlicher Vertrag abzuschließen ist. Das Formgebot der Schriftlichkeit dient zum einen der Rechtssicherheit und zum anderen der Nachvollziehbarkeit der Überlieferungsgeschichte.

Im vorgeschlagen Abs. 2 werden Mindestvertragsinhalte festgelegt. Dabei soll es den Vertragsparteien offenstehen, über die zwingend vorgeschriebenen Vertragsinhalte Nutzung, Verwahrmodalitäten, Dauer der Verwahrung und Sorgfaltspflichten hinaus im Einvernehmen weitere Vertragsinhalte dispositiv zu regeln.

Der vorgeschlagenen Abs. 3 orientiert sich inhaltlich am geltenden § 10 Abs. 8. Der dem Landesarchiv mit der Archivierung der Deposita regelmäßig entstehende Personal- und Sachaufwand soll durch Regelkostensätze, die mittels Verordnung der Landesregierung festzulegen sind, nach dem Kostendeckungsprinzip abgedeckt werden. Die Besonderheit der Deposita als in der Regel nichtamtliches Schriftgut kann es in Einzelfällen aus besonders berücksichtigungswürdigen Gründen erforderlich machen, den Regelkostensatz zu unterschreiten oder gänzlich von einer Vorschreibung abzusehen. Dazu werden im Gesetz demonstrative Gründe wie der wissenschaftliche Wert der Deposita für die Landesgeschichte, der Zweck der Verwahrung oder die Art und der Umfang einer allenfalls vertraglich vereinbarten Gegenleistung angeführt. Die abschließende Beurteilung im Einzelfall ist daher dem Landesarchiv vorbehalten.

Der vorgeschlagene Abs. 4 regelt schließlich die Übernahme von Deposita durch Gemeindearchive in sinngemäßer Anwendung der Bestimmungen für das Landesarchiv, wobei die Erlassung einer Verordnung nach Abs. 3 fakultativ sein soll.

Zu den Z 3, 4, 6, 7, 8, 10, 11 und 12 (§ 5 Abs. 1, 2 und 4, § 6 Abs. 2 und 3, § 9 Abs. 1 und 6 lit. b und § 10):

Diese Anpassungen stehen in Zusammenhang mit der Informationsfreiheit. Zwar handelt es sich beim Archivrecht grundsätzlich um besondere gesetzliche Informationszugangsregelungen im Sinn des § 16 IFG; gleichwohl sind die betreffenden archivrechtlichen Bestimmungen nunmehr am neuen Grundrecht auf Informationszugang zu messen (vgl. den AB 2420 BlgNR XXVII. GP, 26); daraus erklären sich die vorgeschlagenen Anpassungen.

Insbesondere wird öffentliches Archivgut künftig nach Maßgabe der Vorschriften des IFG bereits während aufrechter Schutzfrist (diese soll einer allgemeinen Tendenz im Bereich der Archive folgend von 30 auf 20 Jahre herabgesetzt werden) zugänglich sein, sofern dem keine schutzwürdigen Interessen im Sinn des Art. 22a Abs. 2 zweiter Satz B-VG entgegenstehen (siehe die vorgeschlagenen Änderungen im § 9 Abs. 1 und Abs. 6 lit. b; Z 10 und 11).

Die Neufassung des den Zugang nach Ablauf der Schutzfrist regelnden § 10 (Z 12) soll dabei zum Anlass für eine systematische Überarbeitung der Bestimmung genommen werden (insbesondere klare Trennung hinsichtlich Regelung betreffend Zugang zu öffentlichem Archivgut einerseits und dessen Benützung andererseits); auch hier wird künftig auf die Geheimhaltungsgründe nach Art. 22a Abs. 2 zweiter Satz B-VG abzustellen sein (siehe Abs. 3; die Aufzählung der Gründe für die Verweigerung eines Zugangs kann daher kürzer gefasst werden, weil die meisten diesbezüglichen Gründe von jenen nach Art. 22a Abs. 2 zweiter Satz B-VG ohnehin abgedeckt sind). Grundsätzlich soll aber das bestehende System mit differenzierenden Zugangsregelungen beibehalten werden.

Aufgrund der Relevanz des Vorliegens schutzwürdiger Interessen nach Art. 22a Abs. 2 B-VG scheint es zudem erforderlich, dass das Landesarchiv zum Zeitpunkt der Bereitstellung von Unterlagen darauf hingewiesen wird, ob und voraussichtlich wie lange in Bezug auf diese derartige schutzwürdige Interessen vorliegen (§ 5 Abs. 1 und 2; Z 3 und 4); für Gemeindearchive soll im § 6 Abs. 2 und 3 eine analoge Regelung getroffen werden (Z 7 und 8).

Zu den Z 5, 9 und 15 (§ 5 Abs. 3, § 6 Abs. 4 und § 13 lit. a):

Die Bestimmungen über die Beurteilung der Archivwürdigkeit von Unterlagen sollen jeweils zusammengefasst und klarer gefasst werden (§ 5 Abs. 3 und § 6 Abs. 4; Z 5 und 9). Bei der Beurteilung der Archivwürdigkeit handelt es sich um eine Fachfrage, die dem Landesarchiv obliegt; bei Gemeindearchiven steht das Landesarchiv für die Beurteilung dieser Frage bei Bedarf unterstützend zur Verfügung. Ist über die Archivwürdigkeit mit Feststellungsbescheid zu entscheiden, so soll das Landesarchiv künftig vor Bescheiderlassung zu hören sein (§ 6 Abs. 4).

Im Hinblick darauf, dass die Beurteilung der Archivwürdigkeit von Unterlagen und auch sonstige bescheidmäßige Erledigungen nach diesem Gesetz stets einen engen Bezug zu archivarischen Fachfragen aufweisen, soll als Behörde künftig das Amt der Landesregierung bestimmt werden, weil damit die Willensbildung durch das Landesarchiv als der für das Archivwesen zuständigen Organisationseinheit des Amtes der Tiroler Landesregierung (konkret: durch den Landesarchivdirektor als den mit der Leitung dieser Organisationseinheit betrauten Organwalter) erfolgt (vgl. dazu nur *Bußjäger*, in: idem et al [Hrsg], Tiroler Landesverfassungsrecht [2020], Art 58 TLO Rz 6 mwN).

Zu Z 14 (§ 12):

Insbesondere im Fall von Archivalienabtretungen aufgrund des Art. 93 des Staatsvertrages von Saint-Germain-en-Laye, StGBI. Nr. 303/1920 idF BGBl. III Nr. 179/2002, bzw. von Provenienzbereinigungen infolge des Ersten und des Zweiten Weltkrieges konnte die bisherige Bestimmung mangels Verfügbarkeit von Tauschobjekten hinderlich sein; durch die Einfügung des Wortes „tunlichst“ soll daher zum Ausdruck gebracht werden, dass der Tauschweg (nur) in jenen Fällen, in denen gesetzliche Verpflichtungen oder sonstige berechnigte Interessen eine Abtretung auch ohne Tausch erfordern bzw. aus archivarischer Sicht ausnahmsweise rechtfertigen, keine zwingende gesetzliche Voraussetzung für eine Übertragung von Archivgut darstellt.

Zu Art. 40 (Änderung des Tiroler Pflanzengesundheitsgesetzes):

Zu Z 1 (Kurztitel samt Buchstabenabkürzung):

Das Gesetz soll eine Buchstabenabkürzung erhalten.

Zu Z 2 (§ 14 Abs. 2 Z 4):

Es soll ein Hinweis aufgenommen werden, dass mit diesem Gesetz auch begleitende Maßnahmen zur Durchführung der Verordnung (EU) 2024/3115 geregelt werden.

Zu Art. 42 (Änderung des Tiroler Landwirtschaftskammer- und Landarbeiterkammergesetzes):

Zu Z 3 (§ 56):

Neben der Anpassung des Verweises auf die sinngemäße Geltung der Amtsverschwiegenheit soll ein Zitat aktualisiert und ein Redaktionsversehen im Zitat des BGBl. Nr. 51/1999 beseitigt werden.

Zu Art. 44 (Änderung des Tiroler Jagdgesetzes 2004):

Zu den Z 2 und 3 (§ 31 Abs. 1 und 2):

Mit der Novelle des Tiroler Jagdgesetzes 2004, LGBl. Nr. 55/2024, wurde eine Änderung des Bestellungsmodus der Jagdschutzorgane vorgenommen, um deren rechtliche Stellung besser abzusichern. Seither erfolgt die Bestellung und Abberufung der Jagdschutzorgane durch die Bezirksverwaltungsbehörden auf Vorschlag des jeweiligen Jagdausübungsberechnigten. Aufgrund der praktischen Erfahrungen im Vollzug sollen notwendige Anpassungen dieser Bestimmungen vorgenommen werden. Vor dem Hintergrund der Sicherung des Schutzes der Jagd soll der Jagdausübungsberechnigte künftig von der Bezirksverwaltungsbehörde nach erfolgloser schriftlicher Aufforderung auch – sanktionsbewehrt (Z 4) – mit Bescheid zur Erstattung eines Vorschlages für ein Jagdschutzorgan aufgefordert werden können.

Zu Z 4 (§ 34 Abs. 1):

Vor dem Hintergrund der vorgesehenen Änderungen von § 31 Abs. 1 und 2 (Z 1 und 2) sollen entsprechende Anpassungen erfolgen.

Zu Z 5 (§ 70 Abs. 1 Z 11):

Zur Effektuierung der Sicherung des Schutzes der Jagd soll ein Verwaltungsstrafatbestand für die Unterlassung eines Vorschlages einer geeigneten Person für die Bestellung als Jagdschutzorgan nach § 31 Abs. 1 trotz erfolgter bescheidmäßiger Aufforderung vorgesehen werden.

Zu Z 6 (§ 70 Abs. 2 Z 19):

Es soll ein Redaktionsversehen der Novelle LGBl. Nr. 55/2024 bereinigt werden.

Zu Art. 46 (Änderung des Gesetzes über den Landeskulturfonds):

Zu den Z 1 und 2 (§ 5 Abs. 5 und § 6 Abs. 7):

Die Verschwiegenheitsbestimmung für einzelne Mitglieder des Kuratoriums des Landeskulturfonds soll auf den Geschäftsführer, der kein Landesbediensteter ist und damit nicht unter eine dienstrechtliche Geheimhaltungspflicht fällt, ausgedehnt werden.

Zu Art. 47 (Änderung der Tiroler Waldordnung):**Zu den Z 2 und 3 (§ 23 Abs. 4 und § 25a Abs. 3):**

Es sollen Redaktionsversehen der Novelle LGBl. Nr. 38/2024 bereinigt werden.

Zu Art. 51 (§ 24 Abs. 3 lit. b des Tiroler EU-Berufsangelegenheiten-Gesetzes):

Hier wird ein redaktionelles Versehen beseitigt, weshalb notwendige Zitat Anpassungen vorzunehmen sind.

Zu Art. 53 (Änderung des Tiroler Raumordnungsgesetzes 2022):**Zu den Z 3 und 4 (§ 37 Abs. 2 und § 43 Abs. 5):**

Bei der Einfügung eines neuen § 12a durch die Novelle LGBl. Nr. 78/2023 wurde im Hinblick auf Entwicklungen im Gefährdungsbereich von Seveso-Betrieben nicht berücksichtigt, dass die angeführte Bestimmung nur die Widmung von Standorten für derartige Betriebe regelt, nicht jedoch die räumlichen Entwicklungen im Gefährdungsbereich. Aus diesem Grund wird eine Ergänzung des § 37 Abs. 2 vorgeschlagen, mit der die angeführte Regelungslücke durch einen Verweis auf die Erfordernisse nach § 12a Abs. 8 zweiter und dritter Satz geschlossen werden soll. Diese Ergänzung erfordert eine Zitat Anpassung im § 43 Abs. 5 zweiter Satz.

Zu den Z 7 und 8 (Überschrift des § 117, § 117 Abs. 2 und 3):

Mit der Z 7 soll die bestehende Übergangsbestimmung für am 30. Juni 2025 anhängige Verfahren betreffend Fortschreibung bzw. Änderung des örtlichen Raumordnungskonzeptes im Interesse der Klarheit und Übersichtlichkeit in zwei neue Übergangsbestimmungen aufgeteilt werden, wobei der neu gefasste Abs. 2 die Fortschreibung, der neue Abs. 3 hingegen die Änderung des örtlichen Raumordnungskonzeptes betrifft. Dies erfordert auch eine Anpassung der Überschrift des § 117 (Z 6).

Zu Art. 54 (Änderung des Tiroler Stadt- und Ortsbildschutzgesetzes 2021):**Zu den Z 1 bis 5 (§ 13 Abs. 6 bis 9, § 15 Abs. 3, § 16, § 46 Abs. 1, 2, 3 und 7):**

Die vorgeschlagenen Änderungen stehen in Zusammenhang mit der in den Art. 7 und 9 des Tiroler Digitalisierungsgesetzes (Änderungen der Tiroler Gemeindeordnung 2001 und des Innsbrucker Stadtrechts 1975) vorgesehenen authentischen elektronischen Kundmachung von Verordnungen der Gemeinden, welche ab 1. Juli 2025 im Rechtsinformationssystem des Bundes (RIS) vorzunehmen ist. Zu diesen Bestimmungen wurden mit Art. I des Gesetzes LGBl. Nr. 6/2025 flankierende Regelungen in das Tiroler Raumordnungsgesetz 2022 aufgenommen, welche nun – an die hier geltenden Erfordernisse angepasst – im Tiroler Stadt- und Ortsbildschutzgesetzes 2021 nachvollzogen werden sollen. Im Hinblick auf die Beschaffenheit der erforderlichen Unterlagen bzw. elektronischen Dokumente, insbesondere auch das Erfordernis und die Ausgestaltung des Plankopfes, das Format der Unterlagen und elektronischen Dokumente sowie die maximale Dateigröße der elektronischen Dokumente, die Übermittlungsvorgänge zwischen Gemeinde und Landesregierung einschließlich des Zuganges und der Schnittstellen und die Mindestanforderungen an die Datensicherheit sollen die das örtliche Raumordnungskonzept betreffenden Bestimmungen der Planzeichenverordnung, also der nach § 29 Abs. 4 lit. a und c des Tiroler Raumordnungsgesetzes 2022 erlassenen Verordnung, sinngemäß gelten. Dies betrifft auch die im bisherigen § 16 Abs. 5 geregelte Übermittlung der Planinhalte im Weg der Geodatenschnittstelle. Zudem sollen die Datenschutzbestimmungen ergänzt bzw. angepasst werden.

Zu Art. 57 (Änderung des Tiroler Kinder- und Jugendhilfegesetzes):**Zu den Z 3 und 4 (§ 14 Abs. 2 und § 35 Abs. 5):**

Für Auskunftersuchen nach § 14 Abs. 2 und § 35 Abs. 5 sollen die verfahrensrechtlichen Bestimmungen des IFG sinngemäß anzuwenden sein. Auch hier ist, wie bereits vorangehend im allgemeinen Teil ausgeführt, eine Anpassung des Begriffs „Auskunft“ nicht erforderlich.

Zu Art. 58 (Änderung des Tiroler Grundversorgungsgesetzes):**Zu Z 1 (§ 2 Abs. 7):**

Das Zitat soll vor dem Hintergrund der jüngsten Änderung der Grundversorgungsvereinbarung aktualisiert werden.

Zu Art. 61 (Änderung des Tiroler Krankenanstaltengesetzes):**Zu Z 2 (§ 14 Abs. 3):**

Die Änderung erfolgt vor dem Hintergrund der Novelle LGBl. Nr. 58/2024 und der mit dieser Novelle erfolgten Aufhebung von § 12 Abs. 5.

Zu Art. 62 (§ 12 des Tiroler Patientenentschädigungsfonds-Gesetzes):

Mit der Anpassung der Verschwiegenheitsbestimmung in § 12 soll auch eine Angleichung der Formulierung an die Verschwiegenheitsbestimmungen von anderen Fondsorganen erfolgen.

Zu Art. 66 (Inkrafttreten):

Diese Bestimmung regelt das Inkrafttreten.